

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Kulturausschuss führte seine Sitzung am Donnerstag, dem 28.01.2021, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz
Tramp, Wolfgang

Stimmberechtigte Mitglieder
Brehmer, Stefan
Guse, Horst-Dieter
Riedner, Bernd
Werner, Torsten

Mitglied mit beratender Stimme
Elsholz, David

Sachkundige Einwohner
Langschwager, Gisela
Leischke, Katja
Pahl, Ute
Wellner, Mario

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder
Engel, Sven
Moser, Rainer

Sachkundige Einwohner
Schröder, Dorit

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Kulturausschusses vom 26.11.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung zur Video-Übertragung von Gremiensitzungen. Zu Gast: Andreas Bredow, Geschäftsführer Offener Kanal Stendal
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) für das Haushaltsjahr 2021: Unterlagen werden als Tischvorlage am Sitzungsabend verteilt. Vorlage: III/2020/199
7. Informationen, Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Um 19:00 Uhr eröffnet Kulturausschuss-Vorsitzender Wolfgang Tramp die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Gäste: Amtsleiterin Anke Müller von der Stadtverwaltung, Andreas Bredow vom Offenen Kanal Stendal, den Ortsbürgermeister Klaus-Peter Gose sowie die beiden Pressevertreter der Altmark-Zeitung und der Volksstimme. Bürgermeister Nico Schulz lässt sich entschuldigen, so der Vorsitzende. Er nehme an der Kreistagssitzung teil.

Wolfgang Tramp wünscht allen noch ein gutes und gesundes Jahr 2021 und dem Kulturausschuss weiterhin gute Zusammenarbeit.

Schließlich stellt er die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit fünf stimmberechtigten Mitgliedern fest. Mitwirkungsverbote liegen nicht vor.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende fragt nach Änderungsvorschlägen für die Tagesordnung. Da es keine Änderungswünsche gibt, wird wie folgt über die Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5 Nein: 0 Enthaltung: 0

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Kulturausschusses vom 26.11.2020

Wolfgang Tramp fragt nach Ergänzungen, Anfragen und Hinweisen zur Niederschrift.

Bernd Riedner fragt nach, wann die Niederschrift verschickt worden sei, da er keine vorliegen habe. Im Dezember 2020 antwortet Anette Rieger.

Wolfgang Tramp lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltung: 1

4. Einwohnerfragestunde

Da kein Anwohner am Kulturausschuss teilnimmt, bleibt die Einwohnerfragestunde ungenutzt.

5. Beratung zur Video-Übertragung von Gremiensitzungen. Zu Gast: Andreas Bredow, Geschäftsführer Offener Kanal Stendal

Wolfgang Tramp bittet den Geschäftsführer vom Offenen Kanal Stendal (OK), Herrn Andreas Bredow, den Ausschussmitgliedern die Thematik der Video-Übertragung von Gremiensitzungen vorzustellen. Denn diese sei ein möglicher Aspekt zur Umsetzung des Projektes „Mach's mit, mach's besser! – Stärkung der Bürgerbeteiligung“, für welches sich der Stadtrat in der vorangegangenen Beratungsfolge per Beschluss ausgesprochen hatte.

Andreas Bredow stellt sich kurz den Anwesenden vor und präsentiert einleitend einen Imagefilm über den Offenen Kanal Stendal. Dieser zeigt in kurzen Zusammenschnitten die vielseitigen Themen, die über den OK ausgestrahlt werden. Von Stadtratssitzungen und Gesprächsrunden über Fußballspiele und Veranstaltungen in der Region. Er verweist dabei auf die Besonderheit, dass alle Inhalte von Nutzern, also von Bürgern, selbst produziert werden: Jeder Bürger habe die Möglichkeit, das technische Equipment des OK zu nutzen, um Fernsehbeiträge zu erstellen und ausstrahlen zu können, so Herr Bredow.

Anschließend berichtet Andreas Bredow von den Video-Übertragungen der Stadtratssitzungen in Stendal:

Die Stendaler Stadtratssitzungen

- werden seit dem Jahr 2000 im OK ausgestrahlt und archiviert.
- werden in voller Länge, ungeschnitten und ohne jegliche Kommentierung durch den Fernsehmacher gezeigt – um Inhalte „so ehrlich wie möglich“ darzustellen; nicht zu zensieren; die Zuschauer in keine politische oder thematische Richtung zu lenken.

- sind aufgrund ihrer Länge und des Aufwandes kostenpflichtig für die Stadt.
- werden erst zwei Tage nach der Sitzung ausgestrahlt bzw. in die Mediathek gestellt. Um das Material aufzubereiten (Einblendungen von Untertiteln zum Beispiel) und um die Presse (Zeitungen) nicht zu benachteiligen.
- sind einen Tag nach der Ausstrahlung auch auf YouTube und Facebook abrufbar

Weiter nennt er Gründe, warum es wichtig sei, Stadtratssitzungen zu übertragen:

- Teilhabe von Bürger/innen
- politische Transparenz
- politische Bildung
- politische Fairness fördern
- Demokratie fördern
- Azubis und Praktikanten an politische Geschehnisse heranführen: Es werden stets junge Leute in die Produktion einbezogen. Diese lernen am realen Beispiel, wie (Kommunal-)Politik funktioniert. Ein Thema, mit dem sie sich ansonsten eher nicht beschäftigen würden.
- Kommunalwahlen beeinflussen
- Archivierung der Sitzungen in Wort und Bild (bessere Nachvollziehbarkeit von Gesagtem)
- Geschichte festhalten

Herr Bredow unterstreicht, dass der OK keiner finanziellen Abhängigkeit unterliegt: 90 % der Kosten werden von der Landesmedienanstalt finanziert, 10 % müssen selbst erwirtschaftet werden. Und damit sei auch die Berichterstattung unabhängig, unterläge keiner Zensur und diene zur freien Information. „Wir sind nicht auf Negativberichterstattung aus, sondern können Positivberichterstattung betreiben“, so der Geschäftsführer.

Mit Video-Statements von Oberbürgermeister Klaus Schmotz und Stadtrat Joachim Röxe zur Wichtigkeit des OK für die politische Teilhabe von Bürgern schließt Andreas Bredow seine Präsentation und bietet den Anwesenden an, Fragen zu stellen.

Torsten Werner fragt, wie viele Zuschauer die Sitzungen sehen würden.

Andreas Bredow antwortet, dies sei themenabhängig. In der Regel wären es 10.000 je Sitzung. Wenn Wahlen sind, seien es mehr. Die Zahl beruhe auf Hochrechnungen, da der OK keine genauen Zahlen von den Kabelnetzbetreibern erhalte, so Herr Bredow. Als Beispiel für eine sehr hohe Zuschauerzahl nennt er die Corona-Presskonferenz des Landkreises mit den viel diskutierten Aussagen der Amtsärztin. Diese sei auf den verschiedenen Plattformen (Mediathek, YouTube, Facebook) rd. 46.600-mal angeklickt worden.

Horst Guse macht seine Ablehnung gegenüber den Überlegungen, Ratssitzungen im Internet zu übertragen, deutlich. Er sei kein Freund der so genannten sozialen Medien und macht deutlich, dass er lieber mit offenem Visier kämpfe. Jedermann könne an den Stadtratssitzungen teilnehmen und sich von Angesicht zu Angesicht äußern, so Horst Guse.

Andreas Bredow antwortet, dass es eben kein Kampf mit offenem Visier sei, wenn man den Bürgern diese Möglichkeit der Teilhabe nicht gewähre.

Stefan Brehmer fragt, ob man in Stendal bereits negative Erfahrungen mit der Veröffentlichung in den sozialen Medien gemacht habe. Stichwort „Shitstorm“.

Anmerkung der Protokollantin: Auf diese Frage antwortet Andreas Bredow erst später, als noch einmal von Katja Leischke danach gefragt wird. An dieser Stelle antwortet er zunächst wie folgt:

- „Jeder kann sich eine Meinung bilden, weil man Sie hört“.
- „Sie als Stadtrat haben eine Vorbildfunktion: Der Bürger sieht, wie Sie miteinander umgehen.“
- „Dass der Bürger nicht zugucken kann, ist nicht demokratisch“.

Außerdem nennt er mit dem Landkreis Stendal ein vorbildliches Beispiel in Sachen Transparenz (übertragene Pressekonferenzen zur Flut, zur Asylproblematik oder zu Corona).

David Elsholz äußert sich, er sein anfangs auch skeptisch gewesen, finde aber den Ansatz der Selbstreflexion, den Umgang miteinander, interessant. Persönlich wünsche er sich, die Bürger mittels der Video-Übertragungen besser ansprechen zu können und dass dadurch vielleicht mehr Bürger in die Sitzungen kommen. Andreas Bredow wirft ein, dass genau dies in Stendal eingetreten sei. Bedingt durch das TV-Format, habe man neue, bessere Formen der Präsentation gefunden, zum Beispiel das Reden am Rednerpult oder das Einblenden von Abstimmungsergebnissen.

Weiterhin macht Andreas Bredow deutlich, dass er die Demokratie in Gefahr sehe, „weil wir die Bürger nicht beteiligen“. Wir müssen vorlegen, damit sie Interesse zeigen, damit sie merken, dass sie sich einbringen können.

Torsten Werner fragt nach den Kosten, die auf die Stadt zukämen.

Andreas Bredow schätzt die Kosten auf 500,00 bis 600,00 Euro zzgl. Fahrtkosten je Sitzung.

Torsten Werner fragt, was passiert, wenn der ein oder andere Stadtrat nicht einverstanden mit der Übertragung wäre - auch wenn sich die Mehrheit dafür entscheiden würde.

„Dann kann er nichts dagegen machen“, antwortet Andreas Bredow. Da es sich um eine öffentliche Sitzung handele, die von einem Bürgerfernsehen aufgezeichnet bzw. übertragen würde.

Ortsbürgermeister Klaus-Peter Gose meldet sich zu Wort: Er lobt den OK-Geschäftsführer für die gute Präsentation, sei aber „ganz nah bei Herrn Guse“ und ist gegen die Video-Übertragung. Als Gründe führt er etwaige Hemmungen der Ratsmitglieder an, sich vor der Kamera zu äußern und befürchtet, Zuschauer

könnten am Kleidungsstil der Ratsmitglieder Anstoß finden – nicht jeder komme in Schlips und Kragen. „Außerdem sind 500,00 bis 600,00 Euro für uns sehr viel Geld. Man bedenke, wie wir im Ortschaftsrat schon um die Verteilung von Mitteln in dieser Höhe feilschen.“

Andreas Bredow antwortet, dass die Sitzung „in der Totalen“ gefilmt würde. Es gebe weder Kameranews auf die Socken unterm Tisch, noch werden Personen einzeln gezeigt. Es sei denn, sie treten ans Rednerpult. „Man präsentiert sich so, wie man es selber möchte. Wäre der Sitzungsraum mit Zuschauern gefüllt, würden Sie sich auch entsprechend benehmen oder kleiden.“

Weiterhin unterstreicht Andreas Bredow, dass man auf die Bürger zugehen müsse, wenn diese nicht zu einem kommen und zieht dabei einen Vergleich aus der offenen Jugendarbeit, aus der er ursprünglich kommt: „Die Jugendlichen kommen auch nicht einfach, man muss sie abholen, ihnen Angebote machen“.

Katja Leischke dankt für „dieses Plädoyer für die Demokratie“ und gibt zu verstehen, dass auch sie zunächst Vorbehalte hatte. Doch mittlerweile sehe sie die Videoübertragung als Chance, weiterzugehen. Es sei die beste Möglichkeit, die der Stadtrat hat, um sich zu präsentieren. Um jüngere Leute zu gewinnen und zu interessieren.

Katja Leischke fragt, ob man Erfahrungen mit „üblen Kommentaren“ in den sozialen Medien gemacht hätte.

Andreas Bredow antwortet mit „Ja!“. Die Kommentare seien manchmal übel. Doch sei dies aus seiner Sicht kein Grund, warum man es nicht machen sollte. „Die Tür muss aufgemacht werden, sonst machen es die Feinde der Demokratie.“

Horst Guse gibt zu bedenken: „Die Leute wollen sehen, dass man sich zerfleischt“. Er plädiert dafür, die Aufzeichnungen nicht ins Netz zu stellen.

Andreas Bredow sagt, man müsse nicht auf Facebook veröffentlichen. Jedoch seien hier die Nutzer. YouTube hingegen ist Bedingung dafür, dass die Sitzungen auch in der Mediathek des OK abrufbar sind.

Bernd Riedner befürwortet die Video-Übertragung aufgrund der Transparenz, die dadurch ermöglicht wird. Denn tatsächlich sei es ein Problem, dass die Bürger nicht in die Sitzungen kämen – ob aus Zeitmangel oder der allgemeinen Hektik wegen, der man heutzutage unterworfen sei. Er habe in seiner Zeit als Stadtrat noch nie erlebt, dass sich jemand seiner Aussagen oder seines Kleidungsstils wegen hätte schämen müssen. Daher findet er diese Befürchtungen nicht zutreffend.

Andreas Bredow greift noch einmal Klaus-Peter Goses Befürchtung auf, Zuschauer könnten die Wahl der Kleidung des einen oder anderen kritisch beäugen. Seiner Meinung nach sehen Zuschauer lieber normal gekleidete Politiker statt abgehobene. Es imponiere Zuschauer eher, wenn ein Ratsmitglied in ganz normaler Alltags- oder auch Arbeitskleidung auftrete, so der OK-Geschäftsführer.

Abschließend betont Andreas Bredow: „Wenn Sie nicht gesehen werden, dann lassen Sie den Fantasien freien Lauf.“

Wolfgang Tramp dankt Herrn Bredow für die Ausführungen und fasst zusammen, dass der Stadtrat mit dem Projekt „Mach's mit, mach's besser! – Stärkung der Bürgerbeteiligung“ Neuland betrete – und dass ein Punkt dabei die öffentliche Übertragung von Ratssitzungen sei. Die heutige Präsentation habe dazu beigetragen, diese Idee in die Räte zu transportieren und Ängste auszuhebeln. Der ein oder andere habe zudem einen anderen Blick auf die Thematik erhalten, so Wolfgang Tramp. Er persönlich sei für die Video-Übertragung, denn zu verbergen gebe es nichts. Die Auffassungen des Ortsbürgermeisters teile er nicht, respektiere jedoch gegenteilige Meinungen. Das Geld sei jedoch eine Hausnummer, schließt der Vorsitzende seine Aussagen ab. Er wünscht dem Offenen Kanal alles Gute und verabschiedet Herrn Bredow, welcher daraufhin die Sitzung verlässt.

**6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) für das Haushaltsjahr 2021: Unterlagen werden als Tischvorlage am Sitzungsabend verteilt.
Vorlage: III/2020/199**

Anette Rieger stellt kurz die Haushaltssituation der Hansestadt Osterburg für das Jahr 2021 und die Folgejahre bis 2024 vor: Die Hansestadt Osterburg könne für das Jahr 2021 einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegen. Zwar betrage der ausgewiesene Fehlbetrag -2.241.000 Euro, jedoch könne dieser durch Entnahme aus der ordentlichen Ergebnisklage, die sich mit Stand 31.12.2020 auf vorr. 6.233.289,73 Euro belaufe, gedeckt werden. Mittels dieser Rücklagenhöhe sei die Hansestadt auch für die Jahre bis 2024 in der Lage, die mittelfristig ausgewiesenen Fehlbeträge auszugleichen. Jedoch würde ab dem 01.01.2023 gesetzlich der Ausgleich des Finanzplanes (der ab 2023 einen negativen Bestand an liquiden Mitteln aufweise) gefordert. Daher wäre die Kommune ab 2023 verpflichtet, ein Konsolidierungskonzept aufzustellen.

Weiterhin stellt Anette Rieger kurz die Situation in den Bereichen Kultur- und Traditionspflege der Ortschaften, Kulturveranstaltungen des Kulturausschusses Bibliothek und Tourismus vor: Hier seien die Ansätze gegenüber den Vorjahren unverändert. Im Falle einiger Ortschaften sogar etwas höher, was in einem entsprechenden Beschluss aus dem Jahr 2020 begründet liege. Aufgrund des Haushaltsausgleiches könne daher auch 2021 wieder Kultur stattfinden – ob in der Bibliothek, in den Ortschaften, im Rahmen der Literaturtage oder der Offenen Bühne.

Bernd Riedner bemängelt die späte Zustellung der Haushaltsunterlagen. Er habe aufgrund dessen keine Zeit gehabt, sich ausreichend mit dem umfangreichen Plan auseinanderzusetzen. Weiterhin fragt er, warum man nicht schon jetzt damit beginnen würde, Sparmaßnahmen einzuleiten, wenn man doch wüsste, dass ab 2023 die Konsolidierung droht.

Torsten Werner erläutert, die Stadt Osterburg habe seiner Ansicht nach in den vergangenen Jahren stets gut gewirtschaftet. Mehr sparen hieße, die Stadt zu schließen. Er verweist auf die gute Einnahmesituation Osterburgs in den

vergangenen Jahren, welche jedoch zur Folge habe, dass die Stadt mehr Kreisumlage an den Landkreis zahlen müsse.

David Elsholz berichtet, er hätte am Finanzausschuss teilgenommen und dort erfahren, dass Osterburg mittlerweile als abundante, das heißt reiche Kommune gelte. Und daher weniger Zuweisungen von Land erhalte. Streichmöglichkeiten sehe er kaum. Man müsse sich dann die Frage stellen: „Was brauchen wir wirklich, worin wollen wir wirklich investieren?“

Wolfgang Tramp drückt aus, dass es durchaus viele Unbekannte gibt, er aber froh sei, dass der Haushaltsausgleich für das Jahr 2021 dargestellt werden konnte.

Horst Guse wirft ein: „Alles, was wir heute erzählen, ist morgen Makulatur. Die Kreisumlage wird uns zu schaffen machen, Konsolidierung heißt Fremdverwaltung.“ Er bittet die Amtsleiter um Finanzdisziplin.

Torsten Werner sagt, man könne der Verwaltung nicht den Vorwurf machen, in Sachen Haushalt nicht diszipliniert genug zu arbeiten. Im Gegenteil.

Horst Guse sagt, er habe dies auch so nicht gemeint.

Bernd Riedner befürchtet: „Wenn die Konsolidierung eintritt, dann wird der Rotstift zuerst bei der Kultur angesetzt. Dann ist es schwer möglich, Veranstaltungen, Bibliothek und Kultur zu finanzieren.“

Wolfgang Tramp meint, diese Sorge sei berechtigt, aber gegenwärtig noch nicht zu klären.

David Elsholz meint, man müsse sich überlegen, was man auf die Beine stellen kann (und wie), wenn die Gelder nicht mehr reichen. „Diese Frage wird uns dann beschäftigen.“

Da es keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen zum Haushaltsplan gibt, lässt der Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltung: 1

7. Informationen, Anfragen und Anregungen

Bernd Riedner fragt, ob der Vorsitzende schon Antwort zum Thema Norma erhalten habe. Also, ob der Norma-Markt an der B189, der aufgrund des geplanten Umzuges womöglich bald leer steht, als Jugend-Veranstaltungsraum genutzt werden könne.

Wolfgang Tramp sagt, er habe noch keine Antwort erhalten, bleibe aber dran.

Bernd Riedner bittet um Wiederaufnahme seiner Anfrage bei der nächsten Sitzung.

Wolfgang Tramp beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:35 Uhr.

Wolfgang Tramp
Vorsitzende/r

Anette Rieger
Protokollant